

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1888

4.2.1888 (No. 35)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 4. Februar.

№ 35.

Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1888.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 28. Januar d. J. gnädigt geruht, dem Buchhalter Heinrich Rincker bei der Amortisationskasse unter Ernennung desselben zum Oberbuchhalter die Staatsdienereigenschaft zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 28. Januar d. J. gnädigt geruht, den Oberförster Franz Josef Vogt in Rork in den Ruhestand zu versetzen.

Dichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 3. Februar.

Die Italiener stehen, seitdem sie von Saati Besitz ergriffen haben, dem Feinde unmittelbar gegenüber; es ist aber trotzdem fraglich, ob es schon in nächster Zeit zu einem größeren Treffen kommen wird. Italienscherseits wünscht man freilich eine Entscheidung, denn wenn die Abyssinier bei Saati angreifen, so würde der Kampf unter Bedingungen stattfinden, die den italienischen Waffen den Sieg sichern. Auf einem Terrain, das den Italienern die Entwicklung ihrer Streitkräfte gestattet, würden die Feinde der Ueberlegenheit der europäischen Gefechtsartik und der besseren Bewaffnung der Italiener weichen müssen; gefährlicher für die Italiener wäre es, wenn der Feldzug in die wilden Bergschluchten des abyssinischen Hochlandes verpflanzt werden sollte. Die Abyssinier scheinen die Italiener durch ihr Zurückweichen auch in der That nach dem Gebirge locken zu wollen; sie kennen ihren Vortheil und werden den Italienern schwerlich schon bei Saati ein Gefecht anbieten, wenn sie Aussicht haben, die italienischen Truppen weiter von der Küste weglocken zu können. In Italien durchschaut man den Plan des Gegners recht gut und ist nicht geneigt, die italienischen Posten weiter vorzuschieben, als es zur Sicherung des italienischen Kolonialbesitzes unbedingt erforderlich erscheint. In keinem Falle dürften die Unternehmungen des Generals di San Marzano mit den ihm zu Gebote stehenden Truppen auf größere Entfernungen von der italienischen Operationsbasis ausgedehnt werden, wofür das militärische Fachblatt „L'Espresso“ den denkbar triftigsten Grund anführt, indem es zu bedenken gibt, daß es angesichts der europäischen Lage widersinnig wäre, den Krieg in das Innere Abyssiniens hineinzuverlagern. Keine Regierung würde eine derartige Verantwortung übernehmen, wohl aber wäre jede verpflichtet, die Stürmer und Dränger im Zaume zu halten. Die Regierung müsse daher unabweisend erklären, daß in Afrika nichts als die Sicherung des gegenwärtigen Besitzes und der Wohlfahrt der Besatzungen angestrebt werden soll. Abyssinien werde über kurz oder lang selbst die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen erbitten.

Telegraphisch wird ein Artikel der „Nowoje Wremja“ signalisiert, in dem das russische Blatt auf die bekannten Ausführungen des deutschen „Militär-Wochenblattes“ antwortet. „Nowoje Wremja“ hält die Behauptung aufrecht, daß das einzige Mittel, um Rußland vor einem Angriff Oesterreich-Ungarns und Deutschlands zu schützen, in der Erhöhung der Wehrhaftigkeit der Festungen und in der Verstärkung der Truppen an der Grenze bestehe. Das Eisenbahnetz müsse vom militärischen Gesichtspunkte aus nicht im engen Raum des Kriegstheaters an der Grenze, sondern auf dem ganzen Kriegsschauplatz in Betracht gezogen werden. Der Artikel versucht alsdann, ausführlich den entschieden defensiven Charakter der militärischen Maßnahmen Rußlands an der Grenze nachzuweisen, und bemerkt, Rußland brauche nicht einen Fuß breit deutschen Landes, werde aber auch nicht einen Fuß breit seines Landes abtreten. „Von dieser Friedensliebe erfüllt, versehen wir nicht, uns, jedoch nur zur Defensiv, vorzubereiten. So lange Deutschland ruhig bleibt, droht ihm von keiner Seite ein Angriff.“

Die Politik Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, die friedlichen und nur auf die Vertheidigung ihrer Interessen gerichteten Bestrebungen beider Mächte sind so offenkundig, daß es absolut nicht anzunehmen ist, es bestehe in Rußland wirklich die Furcht vor einem etwaigen Angriffe dieser Mächte auf Rußland. Weder Deutschland noch Oesterreich bedarf „eines Fußes Breite russischen Landes“. Wenn russische Blätter gleichwohl fortfahren, von einer Bedrohung Rußlands durch die Westmächte zu reden, so kann dies nicht aus Ueberzeugung, sondern nur in der Absicht geschehen, den wahren, auf die Offensive berechneten Charakter der militärischen Maßregeln Rußlands zu verschleiern.

Im Deutschen Fischerverein beabsichtigt die Section für Küsten- und Hochseefischer, sowohl Versicherungskassen für Fahrzeuge und Fanggeräth der Oefischer, als auch örtliche Unterstützungskassen für Hinterbliebene im Beruf verunglückter Fischer unter gleichzeitiger Gründung einer Hauptkassens für das gesammte deutsche Küstengebiet zu errichten. Die betreffenden Vorlagen sind bereits in der Section ausgearbeitet und werden in nächster Zeit von einer Sachverständigenkommission einer eingehenden Beratung unterzogen werden. Nach den Erfolgen, welche auf gleichem Gebiete an der Nordsee erzielt worden sind, ist trotz entgegenstehender großer Schwierigkeiten kaum daran zu zweifeln, daß auch die für die Ostsee geplanten Kassen sich lebensfähig zeigen werden.

Deutschland.

* Berlin, 2. Febr. Seine Majestät der Kaiser nahm heute Vormittag eine Reihe militärischer Meldungen entgegen und arbeitete sodann mit dem General v. Albedyll. Später hatte Seine Majestät eine Konferenz mit dem Kriegsminister General Bronsart v. Schellendorff. Um 1 Uhr unternahm der erlauchte Monarch eine Ausfahrt und um 4 Uhr hatte der Staatssekretär Graf Bismarck Vortrag beim Kaiser.

Aus San Remo meldet das Wolff'sche Bureau, daß Sir Morell Mackenzie sich morgen früh zum Besuch eines Patienten nach Barcelona begibt und am Dienstag nach San Remo zurückkehrt. Die heutigen telegraphisch schon erwähnten Berichte der „Vossischen Ztg.“ und des „Berl. Tageblattes“, wonach Geheimrath Birchow in dem ihm überhändigten Stück eines abgestorbenen Knorpels aus dem Halse seiner kaiserlichen Hoheit des Kronprinzen nichts gefunden habe, was auf einen bössartigen Charakter des Leidens hinweist, sind ohne Birchows Wissen entstanden. Die Redaktion der „Nat.-Ztg.“ hat eine dieser Nachrichten an Birchow mit der Bitte um Auskunft darüber gerichtet, ob sie als richtig wiedergegeben werden könne, worauf Birchow erwiderte, daß er darüber keine Erklärung abgeben könne.

Der Herrmeister des Johanniter-Ordens, Seine Kgl. Hoheit Prinz Albrecht von Preußen, hat den Ehrenkommandator und Kanzler des Ordens, Landesdirektor der Provinz Brandenburg, Mitglied des Staatsrathes Albert v. Levetzow auf Gossow, zu Berlin und die Rechtsritter Majoratsbesitzer Adolf Frhr. v. Maljahn und Grafen v. Pleßten auf Jvenack bei Stavenhagen in Mecklenburg, Ersteren unter Beibehaltung seines Amtes als Ordenskanzler zum Kommandator für die Provinz Brandenburg, Letzteren zum Kommandator für die Großherzogthümer Mecklenburg ernannt.

Der Entwurf eines neuen Genossenschaftsgesetzes ist vom Reichsjustizamt ausgearbeitet und dem Reichskanzler vorgelegt worden.

Der Bundesrath hielt heute wieder eine Plenarsitzung ab. Auf der Tagesordnung derselben standen die Vorlagen betreffend die Bildung einer Berufsgenossenschaft der Unternehmer land- und forstwirtschaftlicher Betriebe für das Gebiet des Fürstenthums Neuß i. L., sowie betreffend den Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Fürsorge für Beamte in Folge von Betriebsunfällen, ferner ein Antrag der Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr betreffend Zulassung von Privattransitlagern ohne zollamtlichen Mitverschluß für Mineralochmierzölle; der Antrag der Ausschüsse zu dem Entwurfe einer Verordnung betr. die Militärtransportordnung für Eisenbahnen im Frieden; außerdem der Ausschußbericht betr. den im Haag am 16. November 1887 unterzeichneten internationalen Vertrag zur Unterdrückung des Branntweinhandels unter den Nordseefischern auf hoher See und Geschäftliches.

Die Kommission des Reichstags zur Vorberathung des Sozialistengesetzes wird in die Berathung am Mittwoch den 8. Februar eintreten.

Die Erziehung zum Abgeordnetenhaus im Wahlkreis Aachen Stadt, Aachen Land und Eupen ist auf den 11. Februar festgesetzt worden.

In Bezug auf den Gesetzentwurf über die Alters- und Invalidenversicherung theilen die „B. P. N.“ mit, daß die Arbeiten zu demselben soweit geheißen sind, daß die Fertigstellung in naher Zeit zu erwarten steht.

Mainz, 2. Febr. Bei der Reichstagswahl in Alzei war es bekanntlich zu störenden Vorgängen gekommen, die den Gegenstand einer gerichtlichen Untersuchung bildeten. Das Gericht hat heute sein Urtheil bekannt gegeben. Dasselbe spricht von den 27 Angeklagten 11 frei, darunter den Redakteur Praetorius. Die übrigen Angeklagten wurden dagegen mit Strafen von 2 Wochen Haft bis zu 3 Monaten Gefängniß belegt.

Strasburg, 2. Febr. Der Landesauschuß hat Vor-

lagen betreffend die Bestellung von Amtskautionen, sowie die Registrations- und Stempelgebühren und das Forststrafverfahren an die zuständigen Ausschüsse verwiesen und die Plenarsitzungen bis zum 9. ds. ausgesetzt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 1. Febr. Der Besuch des rumänischen Ministers Sturdza in Wien und die aus Ostrumelien vorliegenden Nachrichten über die Rundreise des Prinzen von Koburg sind die Veranlassung, daß unsere Presse sich in jüngster Zeit wieder besonders lebhaft mit der Lage auf der Balkanhalbinsel beschäftigt. Demeter Sturdza hat hier einen längeren Aufenthalt genommen und es wird kaum ausbleiben, daß russische Blätter seinen Besuch bei dem Grafen Kalnoth als eine Bestätigung ihrer Behauptung, Rumänien lasse sich seine Politik von den deutschen und österreichischen Staatsmännern souffliren, ansprechen. In Wirklichkeit liegen die Dinge, wenn wir recht berichtet sind, so, daß weder Fürst Bismarck noch Graf Kalnoth den Wunsch ausgesprochen hat, den rumänischen Minister zu sehen, sondern daß umgekehrt Sturdza sich beim deutschen Reichskanzler und beim Grafen Kalnoth Unterredungen erbitten hat, die ihm selbstverständlich nicht verweigert wurden. Wenn die rumänische Regierung den unter den obwaltenden Verhältnissen sehr begrifflichen Wunsch hat, die Ansichten der leitenden Staatsmänner Deutschlands und Oesterreichs über die politische Lage zu hören, so ist darin für einen unbefangenen Beurtheiler der Situation sicherlich keine gegen Rußland gerichtete Spitze zu erkennen. Das ganze Verhalten des als streng konstitutioneller Monarch bekannten Königs Karl von Rumänien sollte Rumänien eigentlich vor solchen Vorwürfen, wie sie in dem bekannten Samstagsartikel des „Nord“ ausgesprochen waren, schützen. Es ist daher begreiflich, daß die Angriffe des „Nord“ in Bukarest Aufsehen und Entrüstung hervorgerufen haben. Wenn irgend etwas geeignet ist, in Rumänien Mißtrauen in die russischen Absichten zu erwecken, so sind es derartige Behauptungen, deren Zweck nicht zu erkennen ist. Rumänien hat bisher stets loyal und offen gegen die russische Regierung gehandelt und davon erst neuerdings wieder, bei der Affaire eines Stallknechts der russischen Gesandtschaft in Bukarest, Beweise gegeben. Selbst das „Journal de St. Pétersbourg“ muß anerkennen, daß dieser Zwischenfall in einer für die russische Regierung durchaus befriedigenden Weise beigelegt worden und von keinerlei Bedeutung ist. Um so mehr befremdet in Rumänien die aller Begründung entbehrende gehässige Sprache des „Nord“. Was die Rundreise des Prinzen von Koburg in Ostrumelien betrifft, so läßt die bulgarische Regierung es sich angelegen sein, die Begeisterung der Garnison und der Bevölkerung von Philippopol anlässlich des dortigen Besuches des Prinzen Ferdinand und der Prinzessin Clementine in möglichst glänzendem Lichte darzustellen. Die Reise des Prinzen ist ja auch zum Theil zu dem Zwecke unternommen worden, um der Welt den Beweis zu liefern, welche Sympathien der Prinz in Ostrumelien genieße, und dadurch anzudeuten, daß die bulgarische und ostrumelische Bevölkerung sich einer etwaigen Abhebung des Prinzen entschieden widersetzen werde. Die Zufriedenheit der Bevölkerung mit dem jetzt in Bulgarien herrschenden Zustande der Dinge ist indessen doch eine sehr getheilte. Schon der Umstand, daß der Prinz nicht wie bei seinem ersten Besuche in Philippopol in dem Palais des Deputirten Katschew, sondern in dem Hause des früheren Ministers Tschumaloff abgestiegen ist, hat eine Vorgeschichte, welche zeigt, daß die Popularität des Prinzen durchaus keine unbegrenzte ist; denn man erzählt, daß Katschew, der aus einem früheren Anhänger des Prinzen ein eifriger Parteigänger der Opposition geworden ist, dem Prinzen den Aufenthalt in seinem Hause in ziemlich rüchichtsloser Weise verweigerte. Neuerdings ist aber, wie dem „Pester Lloyd“ heute mitgetheilt wird, auch Tschumaloff — auf Grund von Vorgängen, die inzwischen noch nicht näher bekannt sind — in das oppositionelle Lager übergegangen. Dieser Gesinnungswechsel Tschumaloffs erregt in bulgarischen Regierungskreisen Beunruhigung, was sehr begreiflich ist, da Tschumaloff eine Hauptstütze der Regierungspartei in Philippopol war und die Regierung gerade in der Hauptstadt Ostrumeliens den Verlust eines einflussreichen Parteigenossen schwer verschmerzt. Auch hat die Unbuddsamkeit des Ministerpräsidenten Stambuloff die Anhänger Radoslawoff's zu einer immer schärferen Oppositionsstellung hingebogen. Aus dem Proteste, welchen die Wähler von Lowitscha an die Regierung gerichtet haben und in dem sie sich darüber beschwerten, daß sie an der Ausübung ihres Wahlrechtes zur Sobranje gehindert werden, geht hervor, daß die Regierungspartei in Lowitscha zum zwei-

ten Male das Zustandekommen einer gültigen Wahl in Lwow verhindert hat, um die Wahl Radoslawoffs zu hintertreiben. Der Protest wird natürlich trotz der massenhaften Unterschriften entweder unerledigt bleiben oder wenigstens nicht zur Abhilfe des gerügten Uebelstandes führen, aber die Mißstimmung über das Regime Stambuloff dürfte auch in der gemäßigten Opposition immer weiter um sich greifen und die Verschönerung der politischen Parteien, die Prinz Ferdinand beim Betreten des bulgarischen Bodens als einen seiner obersten Regierungsgrundsätze verkündigte, rückt immer mehr in die Ferne.

Wien, 2. Febr. Das „Freundenblatt“ erfährt aus authentischer Quelle, daß die in einem Berliner Briefe einer hier erscheinenden Korrespondenz erwähnte Entsendung eines hohen österreichischen Militärs nach Berlin gar nicht stattgefunden hat und daß die in demselben Briefe dem Feldmarschall Grafen Moltke in den Mund gelegten Äußerungen vollständig aus der Luft gegriffen sind.

Frankreich.

Paris, 2. Febr. In der Deputiertenkammer hielt der Ministerpräsident und Finanzminister Tirard heute eine vierstündige Rede, um seine Budgetvorlage gegen die Anträge des Ausschusses, der 170 Millionen Einkünfte aus den Geträntesteuern streichen wolle und die Finanzlage erschwere, zu rechtfertigen. Der Minister betonte, daß die Finanzlage niemals eine so schwierige gewesen sei als gegenwärtig. Er bestritt dem Ausschusse das Recht, so weitgreifende Änderungen an dem vorgelegten Budget vorzunehmen, ohne bessere Gegenanschläge zu machen. Herr Tirard rief mit seinen Äußerungen eine etwas gereizte Gegenerklärung des Berichterstatters hervor; der Berichterstatter der Kommission, Yves Guyot, erinnerte daran, daß der Ausschuss nicht bloß das Recht der Prüfung, sondern auch das Recht zu selbständigen Anträgen habe, und erging sich in einer starken Kritik der von Tirard vorgeschlagenen Geträntesteuer. Als die Fortsetzung der Beratung über das Budget vertagt worden war, kam es noch zu einer kleinen dramatisch bewegten Scene. Die Monarchisten, welche den „Fall Wilson“ nach Möglichkeit auszunutzen suchten, um das Ansehen der republikanischen Staatsverwaltung zu erschüttern, haben die Haltung des Richters Vigneau in dem Prozesse gegen Wilson und die Frau Katazzi zum Gegenstande einer Interpellation gemacht. Vigneau war bekanntlich wegen grober Unregelmäßigkeiten, die er sich in diesem Prozesse zu Schulden kommen ließ, als Untersuchungsrichter abgesetzt und vor den Kassationshof gestellt worden, der ihn jedoch ziemlich glimpflich behandelte und nur auf „einfache Censur“ erkannte. Es wird nun vielfach behauptet, man habe Vigneau deshalb mit so leichter Strafe davonkommen lassen, weil er der Regierung mit kompromittierenden Enthüllungen gedroht habe. Die Rechte griff diese Verdächtigungen auf und begehrt in einer Interpellation Auskunft über den Sachverhalt. Herr Tirard erklärte sich heute in der Kammer bereit, die Interpellation auf der Stelle zu beantworten, da, wie er sagte, die in ihr enthaltenen Anklagen so schwere seien, daß die Regierung sie nicht 24 Stunden lang auf sich sitzen lassen wolle. Die Erklärung des Ministers rief stürmischen Beifall hervor, aber die Rechte widersetzte sich der sofortigen Erörterung. Cassagnac erklärte, so wichtige Dinge dürften nicht am Schlusse einer langen Sitzung erörtert werden. In Wirklichkeit fürchtete man wohl, die Angriffe gegen das Ministerium möchten bei der Ermüdung der Kammer nicht mehr den erhofften Eindruck machen. Die Rechte zog die Interpellation daher zurück, um sie morgen beim Beginn der Sitzung wieder einzubringen. Trotzdem Tirard übrigens seine ministerielle Stellung mit Geschick und bisher auch mit Erfolg verteidigt, gehen die Ansichten über die Lebensdauer des Kabinetts Tirard ziemlich weit aus einander. Die Radikalen sind unausgesetzt bemüht, Herrn Floquet den Weg in's Ministerium zu bahnen, und es herrscht jetzt große Freude bei ihnen darüber, daß es anscheinend gelungen ist, der Ministerpräsidentenschaft Floquets ein Haupthindernis aus dem Wege geräumt zu haben. Dieses Hindernis bildete die Abneigung Rußlands gegen den Mann, der seiner Zeit dem Czaren Alexander II. bei dessen Besuch in Paris die Worte „Vive la Pologne!“ ins Gesicht geschleudert hatte. Nachdem Floquet schon vorher wiederholt aber erfolglos Versuche gemacht hat, mit der russischen Botschaft in persönliche Verbindung zu treten, wurde er nun gestern bei dem vom Handelsminister Dauterme gegebenen Empfange durch den Minister des Äußern, Florens, dem Botschafter Baron v. Mohrenheim, vorgestellt, worauf beide sich fast eine halbe Stunde in lebhafter freundlicher Weise unterhielten. Herr v. Mohrenheim sagte auch zu, am 13. Februar bei Floquet zu einem Festessen zu erscheinen, zu welchem Floquet 120 Einladungen hat ergehen lassen. Der „Temps“ macht dazu die Bemerkung: Es ist anzunehmen, daß der russische Botschafter Baron Mohrenheim in keiner anderen Eigenschaft als die übrigen Mitglieder des diplomatischen Corps eingeladen wurde. Die Freunde Floquets sehen ihn im Geiste schon an der Spitze eines neuen Kabinetts, ohne daß die Empfindlichkeit Rußlands durch seinen Eintritt in das Amt verletzt würde, denn die Empfindlichkeit Rußlands zu schonen, ist heute den französischen Politikern aus bekannten Gründen die Hauptsache.

Großbritannien.

London, 2. Febr. Aus Dublin meldet man, daß in dem großen Saale des Stadthauses an Lord Ripon und John Morley heute unter den Beifallskundgebungen einer zahlreich versammelten Menge das städtische Ehrenbürgerrecht verliehen wurde. — Die Ankunft der beiden

Gladstone'schen Parteimitglieder war von den Anhängern der irischen Nationalliga zu einer großen Demonstration verwerthet worden. Bei der Landung in Ringstown waren sie von einer Deputation begrüßt worden. In Erwiderung einer Ansprache sagte Lord Ripon, sie seien gekommen, um die intimste und herzlichste Einigung zwischen England und Irland anzubahnen und den lebhaften Sympathien der liberalen Partei Englands und Schottlands für das irische Volk Ausdruck zu geben, sowie auch zu erklären, daß die Zeit gekommen sei, um der Herrschaft der Bedrückung und des Zwanges für immer ein Ende zu setzen und Irland diejenige Selbständigkeit zu geben, worauf es ein Recht habe. Ripon und Morley wurden in den Hauptstraßen Dublins von einer großen Menschenmenge enthusiastisch begrüßt. Dagegen ging mit dieser Verdrüderung der Gladstonianer und der irischen Anzuhilfen der Präsident des englischen Lokalregierungsamtes, Ritchie, in einer zu Sheffield gehaltenen Rede scharf in's Gericht. Die Politik der Regierung als eine aufbauende im Gegensatz zu der zerstörenden der Gladstone'schen Partei hinstellend, bezeichnete er Reformen in der Lokalregierung als eine der wichtigsten Maßregeln, welche sich das Ministerium zur Aufgabe gesetzt hätte. Die Grundlagen dieser Vorlage seien bereits seit Monaten fertig gestellt und erfreuten sich der Zustimmung der liberalen Unionisten. Den Inhalt der Bill betreffend, meinte Ritchie, es wäre nicht richtig, auf die neu zu errichtenden Kreisbehörden die Befugnisse, welche bisher dem Parlament zustanden, zu übertragen. In dieser Beziehung wolle die Regierung mit Vorsicht vorgehen. Der Lokalregierungsbill aber auch für Irland Geltung zu geben wäre nicht nur eine Thorheit, sondern geradezu ein Verbrechen. Es habe sich darum gehandelt, ob für England und Schottland ein auf breiter liberaler Grundlage stehendes Gesetz ausgearbeitet werden solle, oder eine engherzige Maßregel, welche ungeführt auch für Irland hätte Anwendung finden können. Die Regierung habe sich für die erstere Eventualität entschieden, denn es sei nicht einzusehen, weshalb den lokalen Engländern und Schotten eine liberale Kreisordnung vorenthalten werden sollte, weil es illoyale Leute in Irland gibt. Würde Irland eine auf Selbstverwaltung begründete Kreisordnung gewährt, so würden Raub am Gemeinvermögen und Unterdrückung der lokalen Bürger die Folge sein. Herr Ritchie stellte schließlich die Einbringung der Lokalregierungsbill noch vor den Oberen des Parlaments in sichere Aussicht.

Der Feldzug der Italiener gegen die Abyssinier wird von den englischen Blättern natürlich mit lebhaftem Interesse verfolgt. Der „Standard“ schreibt: „Die von Massanaah eingegangenen Nachrichten beweisen, daß die Abyssinier dem Vordringen der italienischen Armee erbitterten Widerstand entgegenzusetzen wollen. Wenige Engländer werden verstehen, wie es kommt, daß ein erster Krieg zwischen zwei Völkern ausbrechen droht, zu welchen beiden wir Sympathien hegen. Es ist noch niemals aufgeklärt worden, weshalb die Italiener nach Massanaah gingen und was sie durch die Besetzung dieses Hafens zu erreichen hoffen. Daß sie dadurch früher oder später in Feindseligkeit mit Abyssinien verwickelt werden würden, stand von vornherein moralisch fest. Von der See abgeschnitten, ist es schon lange der dringendste Wunsch Abyssiniens gewesen, am Rothen Meere Fuß zu fassen, um Einfuhr- und Ausfuhrhandel ohne Auflage von Zöllen von Seiten einer fremden Macht betreiben zu können. Massanaah allein bot diese Vorteile, und Egypten hätte jederzeit dauernden Frieden mit seinem unruhigen Nachbar haben können, wenn es ihm diesen Hafen abgetreten hätte. Ohne Zweifel stellte England Abyssinien die Abtretung von Massanaah in Aussicht, als es die Hilfe Abyssiniens zur Befreiung der belagerten Garnison von Kassala und anderer Orte des Sudans anrief. Die Besetzung Massanaah's durch die Italiener kam den Abyssinien wie ein unerwarteter Schlag und vernichtete die lange gehegten Hoffnungen. Hätten die Italiener die Abyssinier aber nur verständigt, daß sie keine Zölle auf abyssinische Waaren zu legen gedenken, so hätte ein Abkommen getroffen werden können. Anstatt aber so zu handeln, riefen sie durch ihren unheilvollen Vormarsch den Konflikt hervor, welcher so verhängnisvoll endigte, und machten die kostspielige Expedition nöthig, welche in kurzem auf's neue den Abyssinien im Felde gegenüberzutreten hat.“ Der „Standard“, der hier den weisen Kritiker spielt, verschweigt dabei, daß die Engländer selber in Ostafrika keineswegs glücklich operirt haben.

Schweden und Norwegen.

Christiania, 2. Febr. Das norwegische Storting hat zum Vorsitzenden den ehemaligen Staatsrath Daue gewählt. Der radikale Linksführer Daam wurde von der großen Mehrheit abgelehnt. Ueber die von der Regierung angekündigten Vorlagen wurde schon berichtet.

Amerika.

Washington, 2. Febr. Der dem Senate zugegangene Bericht der Kommission für die Vorlage betreffend die Einfuhr einer Inspektion für das zum Export bestimmte Fleisch und die Verhinderung der Einfuhr von verfälschten Lebensmitteln und geistigen Getränken spricht sich zu Gunsten der Vorlage aus. — Der Senat hat eine auch vom Repräsentantenhaus genehmigte Resolution gefaßt, wonach die Verfassung der Vereinigten Staaten dahin ergänzt werden soll, daß der jeweilige Präsident am 30. April in sein Amt eingesetzt werden soll. Mr. Cleveland's Verwaltung würde somit bis zum 30. April 1889 verlängert und der neue Präsident, sowie der neue Kongreß würden am 30. April statt am 4. März ihre Thätigkeit beginnen. — Die Abnahme der Staatsschuld im Monat Januar beträgt 15 387 320 Dollars; an Geld sind in der Staatsschatz 550 992 689 Dollars.

Beitragssinnnen.

Den Standpunkt der Reichspartei zum Sozialistengesetz kennzeichnet die „Post“ in nachstehender Ausführung: „Die Reichspartei, deren Standpunkt Herr v. Kardorf in einer vor-

trefflichen Rede vertrat, ist für eine fünfjährige Gültigkeit des Gesetzes, Sie ist auch bereit, an der Hand der seit der nunmehr neunjährigen Geltung des Gesetzes gesammelten Erfahrungen dazu mitzuwirken, dasselbe für die Erfüllung seines Zweckes wirksamer zu gestalten. Sie schreut zu diesem Ende auch nicht vor Verschärfungen der jetzt bestehenden Bestimmungen zurück. Allein die Reichspartei verwirft in ihrer überwiegenden Mehrheit die Expatrirung entschieden, und zwar theils aus praktischen, theils aus prinzipiellen Gründen. Letztere sind dieselben, welche einen Theil der Reichspartei bereits bei früheren Gelegenheiten zur Ablehnung der Expatrirung bestimmten: das deutsche Bürgerrecht müsse einen character ioselebilis haben, dürfe nur durch den eigenen Willen des Deutschen aufgehoben werden. Die praktischen Bedenken gingen den der Auffassung aus, daß die Expatrirung ihren Zweck verfehlen würde, theils weil die Verbannten in noch höherem Maße als die auf Grund des kleinen Belagerungsstandes Ausgewiesenen mit der Glorie des Märtyrertums umgeben sind und von den Nachbarstaaten aus ungleich wirksamer und gefährlicher zu agitiren vermögen würden, als ihnen dies jetzt möglich ist. Diese Auffassung der Reichspartei berührt sich mit den von uns unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Expatrirungsvorschlages angestellten Erwägungen. Sie trifft mit diesen auch in dem weiteren Punkte zusammen, daß die Ueberführung des jetzigen interimistischen Zustandes in einen dauernden in hohem Grade erwünscht und, wenn irgend möglich, jetzt bereits herbeizuführen sei. Dieser Wunsch wird freilich ein platonischer bleiben. Trotz der Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern steht das Endergebnis so ziemlich fest. Verlängerung der Geltungsdauer des unveränderten Gesetzes auf zwei Jahre mit der ausgesprochenen Absicht, alsdann zu dauernden Bestimmungen überzugehen. Wir können nur wünschen, daß der Aufschub der befriedigenden Lösung dieser Aufgabe förderlich sein möge.

Die „Konservative Korrespondenz“ gibt ihrem Bedauern darüber Ausdruck, daß auch die Sozialistendebatte wieder von Herrn Dr. Windthorst für eine passende Gelegenheit gehalten ist, um eine energichere Förderung der Arbeitergesetzgebung zu fordern, indem sie ausführt: „Nirgends, in keinem Zusammenhang gehören diese Anregungen weniger hinein, als an diese Stelle — wir sagen das mit vollem Bedacht —, es müßte denn sein, daß auch außerhalb der Sozialdemokratie noch Jemand ein Interesse daran hat, das Mißverhältnis der Arbeiter zu nähern und sie dem mit der Färbung für das wirtschaftliche Wohl der Arbeiter aufgeführten Schwindel ihrer revolutionären Führer in die Arme zu treiben. Was wir bei einer Beratung des Sozialistengesetzes Leuten wie Singer und Genossen zu bemerken haben, gebt lediglich dem politischen Gebiete an; wir wünschen nicht die Tröpfe zu sein, die in diesen Männern noch etwas Anderses sehen, als die Vertreter der internationalen Revolutionspartei, oder die sich der Mission hingeben, daß diese Volksvertheiler oder ein einziger ihrer überzeugten Anhänger auch durch die äußersten Jugeltändnisse auf dem Gebiete des Arbeiterwohls jemals dahin gebracht werden könnten, sich für befriedigt zu erklären. Was über die Sozialreform-Gesetzgebung im Zusammenhang mit der Sozialdemokratie thatächlich zu sagen ist, das ist mit den Worten des Abg. v. Hellendorff erschöpfend:

„Wenn es irgend ein Etwas gibt, was dieser gefunden Reformthätigkeit hinderlich entgegensteht auf jedem Feld, so ist es diese bewußte sozialdemokratische Richtung, die nicht die Reform, sondern die soziale Revolution anstrebt, so ist es diese Richtung, die, einem Phantom nachgehend über die Umgestaltung der Gesellschaft, jede gesunde Organisation zur Förderung der gefunden sozialen Zwecke vergiftet. Sie nahmen die Generalkonferenz und Alles, was nach dieser Richtung hin wohlthätig wirken konnte, zu Stätten der Propaganda für revolutionäre Zwecke, anstatt daß es Vereine sein sollten zur Förderung sozialer Zwecke und Reformen.“

Auch vom Standpunkt der Kaiserlichen Botschaft aus können wir also nur dahin kommen, einen energicheren Schutz der ausgegrenzten Saat gegen diejenigen, die sie zertreten wollen, zu verlangen. Sonst heißt jedes Wort, welches im Zusammenhang der Sozialistendebatte von Arbeiterseher und ähnlichen Dingen gesprochen wird, nur Unklarheit in die Köpfe tragen, oder Verlehen an eine Stelle hinwerfen, wo sie nicht hingehören.“

Wiederholt ist von Seiten berenigen Gegner einer positiven Sozialpolitik, welche in der natürlichen wirtschaftlichen Entwicklung das beste Heilmittel gegen soziale Uebel und die durch sie veranlaßten revolutionären Bewegungen sehen, auf das Beispiel Englands hingewiesen und ausgeführt worden, daß dieses Land im 4. und 5. Jahrzehnt dieses Jahrhunderts eine dem Sozialismus durchaus ähnliche Bewegung, den Chartismus, siegreich überwunden habe, ohne das allgemeine Recht aufzuheben, noch auch die natürlichen Wirtschaftsgesetze durch Eingriffe von oben her zu durchbrechen. Diesem Hinweis gegenüber erinnert der „Düsseldorfer Anzeiger“ an die Arbeiterbewegungen im vorigen Jahre, welche die Macht der Apostel des fünften Standes und die Ohnmacht der englischen Staatsweisheit gezeigt haben. „Der Chartismus“, schreibt er, „wird wieder lebendig in England und lebt zielbewußter, als vor 40 Jahren, sein Haupt empor; denn immer glauben die Söhne ihre Ideen besser durchsetzen zu können, als es den Vätern gelungen ist. Man sieht die Worte Eisenharts in seiner Geschichte der Nationalökonomie bestätigt, mit denen er von Alt-England sagt: „Während es alle Gewalt über die Dinge verloren und sich heute noch von seinem Ragen regieren läßt, hat es im Rathe der Väter seinen alten ruhmvollen Einfluß bald eingebüßt, und wenngleich es ihm einzuweichen gelungen ist, den Chartismus, d. i. die Brod- und Arbeiterfrage zum Stehen zu bringen, so ist derselbe damit nicht aus der Welt geschafft, sondern laueret drohender und massiger im Hintergrund seiner Gewerkschaftsuprematie, als an irgend einem anderen Orte. Man ist sich in England neuerdings dieser Gefahr sehr bewußt geworden. Man sieht auf Deutschland, um dort die Mittel zu studiren, mit denen eine positive Sozialpolitik das Gespenst des Unheilzuges zu bannen sucht. Man erörtert die Frage, inwieweit durch Uebertragung der deutschen Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung jene Aufgabe gelöst werden könne, deren Lösung die englischen Arbeiter in ihrer Gesamtheit von den Gewerkschaften vergeblich erwartet haben. Man prüft aber auch, inwieweit durch gesetzliche Beschränkung einer ziellosen Agitation die Vergiftung der Ansichten der Massen entgegenarbeitet werden kann, und wird sich vielleicht zu spät bewußt, welchen gefährlichen Antheil die englische Politik des Gehenlassens an der internationalen Entwicklung des Anarchismus und der Sozialdemokratie gehabt hat.“

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 3. Febr. 23. öffentliche Sitzung der zweiten Kammer unter dem Vorsitze des Präsidenten Lamey.

Am Regierungstische: Wirklicher Geheimerath Dr. Roff, Geh. Referendar Arnspurger, sowie die Oberschulräthe Becherer und Dr. Wagner.

Gegenstand der Tagesordnung bildet die Berathung des von dem Abg. Fieser schriftlich erstatteten Berichts über das Kultus- und Unterrichtsbudget, welches bis zu Tit. IX, II, Oberschulrath, einschließlich den Anträgen der Kommission entsprechend genehmigt wurde.

Eine Diskussion knüpfte sich dabei an die Position § 65, Dotation des Erzbisthums, Erzbischöflicher Tisch, welche von den Abgg. Marbe, Kiefer, Bekinger und dem Berichterstatter geführt wurde, während namens der Großh. Regierung Wirklicher Geheimerath Dr. Roff sprach.

Zu den Anträgen bezüglich des außerordentlichen Stats des Kultusbudgets sprechen die Abgg. Hennig, Friderich und der Berichterstatter.

Zu § 78, Universität Freiburg, trägt Abg. Marbe eine Reihe von Wünschen vor; ihm antworten die Abgg. Kiefer und der Berichterstatter, namens der Großh. Regierung ergriff Wirklicher Geheimerath Dr. Roff wiederholt das Wort.

Eine sehr eingehende Debatte ruft die Berathung von Tit. IX, II, Oberschulrath, hervor, in welcher eine Reihe von Bemängelungen und Wünschen hinsichtlich des Lehrplans und der Einrichtung der Mittelschulen zur Sprache gebracht werden. Es betheiligten sich an der Diskussion die Abgg. Kraas, Gönner, Wildens, Schmezer, Kiefer, Strübe und der Berichterstatter, welchen seitens der Großh. Regierung Wirklicher Geheimerath Dr. Roff in eingehender Weise antwortet.

Hierauf Schluß der Sitzung nach 1/2 Uhr. Ausführlicher Bericht folgt morgen.

* Karlsruhe, 3. Febr. 24. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 4. Februar, Vormittags 9 Uhr. 1. Anzeige neuer Eingaben. 2) Fortsetzung der Berathung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für die Jahre 1888 und 1889, Ausgabe: Tit. VIII, Kultus, Tit. IX, Unterrichtsweisen, Tit. X, Wissenschaften und Künste; Einnahme: Tit. III, Unterrichtsweisen. Berichterstatter: Abg. Fieser.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 3. Februar.

Heute Vormittag nahm Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Vortrag des Staatsraths Freiherrn von Ungern-Sternberg entgegen und ertheilte dann verschiedenen Personen Audienz, unter Anderen dem Dr. Hermann Grauert, ordentlichen öffentlichen Professor der Geschichte an der Universität zu München.

Nachmittags hörte Seine Königliche Hoheit verschiedene Vorträge, auch den des Legationssekretärs Freiherrn von Babo.

Darnach folgten Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin einer Einladung des Oberstallmeisters von Holzjng und dessen Gemahlin der Oberstallmeisterin zu einer musikalischen Abendgesellschaft.

* Das Verordnungsblatt des Großh. Oberschulraths Nr. 1 enthält eine landesberliche Entschliessung, eine Bekanntmachung des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts: Die Organisation der Realmittelschulen betreffend. Bekanntmachungen des Großh. Oberschulraths: Die Lehrinhaltsverordnungen betr. Die Reallehrprüfung für das Jahr 1887 betr. Die Papierabgabe im Unterricht und in den Lehrbüchern betr. Die Aufnahme von Schulpflichtigen in die Lehrseminare betr. Die Dienstprüfung der Volksschullehrer betr. Das Turnen an Volk und Pferd betr. Die Vergebung eines Stipendiums aus der Wittelinischen Stipendienstiftung in Freiburg betr. Empfehlung von Lehrmitteln betr. Dienstnachrichten und Dienstverordnungen. Todesfälle.

Die Aufnahmeprüfung der Schulpflichtigen findet statt: am Seminar Karlsruhe II., am Dienstag, den 20. März l. J.; am Seminar Neersburg, am Dienstag, den 1. und Mittwoch, den 2. Mai l. J. Die Schulpflichtigen, welche sich der Prüfung unterziehen wollen, haben sich vor dem 1. März l. J. für das Seminar Karlsruhe II., vor dem 15. April l. J. für das Seminar Neersburg unmittelbar an die betreffenden Seminarleitungen in vortrefflichen Eingaben zu wenden und, wenn ihnen eine abweisliche Vertheilung nicht zugeht, am Nachmittage vor Beginn der Prüfung in dem Seminar sich einzufinden. Die Dienstprüfung der Volksschullehrer wird abgehalten am Seminar Karlsruhe II., am Freitag, den 23. März l. J. und den folgenden Tagen; am Seminar Neersburg, am Mittwoch, den 11. April l. J. und den folgenden Tagen. Die Anmeldungen sind spätestens bis zum 1. März l. J. einzureichen. Aus der Wittelinischen Stipendienstiftung in Freiburg ist von Beginn des laufenden Schuljahres an ein Stipendium für einen Schüler eines Gymnasiums zu vergeben. Die Bewerber, von welchen diejenigen, die mit dem Stifter, dem ehemaligen Kanonikus Dr. Johann Wittelin bei St. Johann in Konstanz (geboren zu Möhlin im Kanton Argau), verwandt sind, in erster Reihe berücksichtigt werden, haben nachzuweisen, daß sie 1. „von ehelichen römisch-katholischen Eltern“ abstammen, 2. wenigstens die unterste Klasse eines Gymnasiums mit gutem Erfolg absolvirt und, wenn sie die Untersekunda bereits absolvirt, sich zum Studium der Theologie entschlossen haben. Die Gesuche sind unter Anschluß von Vermögens- und Schulzeugnissen innerhalb 14 Tagen den betreffenden Anstaltsdirektionen zu übergeben, welche dieselben nach Umlauf der Bewerbungsfrist anher vorzulegen haben.

Hauptlehrerstellen, welche mit Lehrern katholischen Bekenntnisses zu besetzen sind: Die Hauptlehrerstelle an der Volksschule zu Schellbronn, A. Forzheim, R.-Sch.-B. Karlsruhe, 1. Klasse, freie Wohnung, Schulgeldverium im Betrage von 161 Mark. Hauptlehrerstellen, welche mit Lehrern evangelischen Bekenntnisses zu besetzen sind: Die dritte Hauptlehrerstelle an der Volksschule zu Dietlingen, A. Forzheim, R.-Sch.-B. Karlsruhe, 3. Klasse, Mietgeldverium, Schulgeldverium im Betrage von 280 M.

Eine Hauptlehrerstelle (die achte) an der Volksschule zu Fahr, R.-Sch.-B. Fahr, 4. Klasse, mit einem Gehalt zwischen 980 und 840 M., Mietgeldverium im Betrage von 260 M., Schulgeldverium im Betrage von 400 M. Bewerber haben sich binnen 14 Tagen durch ihre Kreis Schulinspektoren bei den jeweils oben bezeichneten Kreis Schulbehörden vorschriftsgemäß zu melden.

* (Petitionen.) Das sechste Verzeichnis der beim Reichstag eingegangenen Petitionen führt eine Eingabe des Vorstandes des Nationalliberalen Bezirksvereins zu Schweningen um Erhöhung des Eingangszolles auf ausländischen Tabak und eine solche der Handelskammer für den Kreis Freiburg, den Gesetzentwurf über den Verkehr mit Wein betreffend auf.

Im großen Rathhause (alle) hielt gestern Mittwoch auf Veranlassung des Kaufmännischen Vereins Herr Redakteur Baich aus Stuttgart einen sehr ansprechenden Vortrag über „Die neueren Strömungen in der deutschen Kunst“. Unter Hinweis auf die naturalistische Kuntrichtung legte Redner das auf allen Gebieten mehr oder weniger hervortretende Streben nach Naturwahrheit dar in jeglicher Art der Darstellung. Selbst das Kind sucht, wenn es irgend eine Person oder einen Gegenstand kopiren will, der Natur möglichst nahe zu kommen, die Phantasie muß dann erfinden, was noch fehlt. Der Künstler dann stelle die höchsten Anforderungen an sich selbst und doch muß jede Kunst ihre Unvollständigkeit einsehen. Der Malerei beispielsweise wie der Skulptur fehlt die Bewegung, während die Plastik ein leichtes Gewand, einen Bart als kompakte Masse darzustellen genöthigt ist. Ein gewisser Reiz unter den Künstlern ist die natürliche Folge davon. Inmitten dieses Kreislaufs der Kunst steht die Natur. Bei uns tritt die Malerei in den Vordergrund. Um die Bewegung in der Kunst zu zeichnen, greift Redner auf die alten griechischen und römischen Künstler zurück, um sich dann vergleichend mit den neueren zu beschäftigen. Ein Wenzel, Achenbach, Piloti erscheinen vor unseren Augen; der Letztere trieb den Naturalismus so weit, daß er jeden, auch den kleinsten Gegenstand nach der Natur zu malen sich bestrahlte. So kam es, daß sich in den Meisters ganze Landschaften aufbauten vorfinden, die dann nach der Natur aufgenommen wurden, wobei man allerdings übersehen, daß dieselben, nur durch das geringe Oberlicht erblickt, in ganz anderer Beleuchtung erschienen, als in der freien Natur. Auf alle die recht interessanten Einzelheiten, welche Redner vorführte, einzugehen, würde zu weit führen, nur sei noch konstatiert, daß er es verstanden, die Strömungen der deutschen Kunst mit großer Naturwahrheit zu zeichnen. Er schloß mit dem Bunsche, es möge der Kunst jenseits der begeisterte Spender und der dankbare Empfänger erhalten bleiben, dann sei es um die selbe nicht schlecht bestellt.

* Forzheim, 31. Jan. (Vortrag.) Der dritte von Herrn Professor Dr. Gothein im hiesigen Kunstgewerbeverein gehaltene Vortrag über „Kulturgeschichte Italiens im Zeitalter der Renaissance“ hatte das interessante Thema „Florenz unter den Mediceern“ zum Gegenstande. Mit glänzender Beredsamkeit schilderte der Vortragende die kulturellen wissenschaftlichen und politischen Verhältnisse unter den beiden bedeutenden Männern Cosimo und Lorenzo v. Medici. Cosimo († 1464), wie sein Enkel Lorenzo († 1492) hatten die auf die Volksherrschaft sich stützende politische Führung ihrer Vaterstadt Florenz übernommen, und wenn auch diese Führerschaft bei den damals in den meisten italienischen Städten sich oft wiederholenden Parteikämpfen durch Verbannung und bei Lorenzo selbst durch verführten Mord unterbrochen wurde, so befestigte dieselbe sich wieder aufs neue, so daß der durch seine Lebenswürdigkeit, feinen Sinn für Kunst und Wissenschaft, sowie als Staatsmann sich auszeichnende Lorenzo der „Prächtige“ am Ende mit fürstlicher Gewalt regierte. Mehr als dies ist aber zum Ruhme der beiden Mediceer hervorzuheben, daß sie ihre Stellung und ihre durch Handel und ausgedehnte Geschäftsverbindungen erworbenen Reichthümer außer zur Gründung der „mediceischen Bibliothek“, zur Unterhaltung der Künste und der literarischen Bestrebungen, so namentlich auch zur Auffrischung der antiken Kunst und Literatur verwendeten und somit den Begründern der Renaissance zugerechnet werden müssen. Lorenzo war selbst Dichter und Redner. Von den durch Unterstützung der Widwen geförderten hervorragenden Künstlern und deren Werken sollen hier nur angeführt werden: der bedeutende durch seine prächtigen Palastbauten (Palazzo Pitti etc.) und die Ausführung der berühmten Kuppel des Florenzer Domes sich auszeichnende Filippo Brunelleschi, der als Gründer des Renaissancebaustils gilt. Sodann ist noch zu nennen der durch seine herrlichen Bronzearbeiten und Skulpturen in dem Baptisterio (Lautenkapelle) und im Dome zu Florenz sich auszeichnende Donatello, sowie der als Architekt, Bildhauer und Maler hochberühmte Michel Angelo, der Erbauer der Peterskirche in Rom, welchem Lorenzo Medici die erste künstlerische Ausbildung angedeihen ließ.

Aus dem ungemein reichhaltigen Vortrage führen wir nur noch an, daß in den demaligen künstlerischen Leistungen was hauptsächlich die Plastik betrifft, sich zum erstenmal die Umwandlung der Kunst zum Kunstgewerbe und die Vereinigung der beiden, so namentlich auch der Goldarbeiter und der plastischen Kunst geltend machte. Die glückliche Vereinigung dieser, bei welcher die letztere die Feinheit und die Zierlichkeit von der Goldschmiedekunst sich aneignete, zeigt sich insbesondere an den herrlichen Bronzearbeiten des oben genannten Baptisteriums. Bezüglich der politischen Wirren in Florenz ist noch bemerkenswerth, daß damals die erste soziale Bewegung erfolgte, indem die 50 000 Arbeiter der Florentiner Tuchfabriken, um eine Lohnerhöhung zu erzielen, zu „streiken“ begannen. Zum Schluß verbreitete sich der Vortrag noch über den Reformator Savonarola und dessen Ende, sowie über den berühmten Staatsmann und Geschichtsschreiber Machiavelli, über welchen der Redner aber in einem späteren Vortrage noch sprechen wird. — Wie sehr anziehend die Vorträge des Herrn Professor Gothein wirken, ist daraus zu entnehmen, daß der „Kunstgewerbeverein“ in jüngerer Zeit manche neue Mitglieder nur der angeführten Vorträge wegen gewonnen hat. Der Besuch des Vortrags war wieder ein sehr guter.

* Mosbach, 2. Febr. (Vortrag. — Gipsbergwerk. — Holzpreise.) Vor einem gewählten Publikum hielt gestern Abend Herr Kreis Schulrath Goth daher im Verschönerungsverein einen Vortrag über den deutschen Antheil der Ackerforschung. Nachdem im Eingange, um ein vollständiges Bild zu geben, der Antheil der Franzosen, Engländer, Portugiesen und Italiener an der Erforschung dieses Erdtheils geschildert war, gab der Redner ausführliche Beschreibungen über die deutschen Ackerreisenden, Barth, Robbs, Naadigal, Lenz, Schweinfurt, Poppe, Buchner, Wismann etc., und mußte seinen Vortrag an der Hand einer guten Karte belebend zu gestalten. — Die Gebrüder Kaufmann Karl und Steuerkontrolleur A. D. Hermann Kapferer und Ingenieur Heinrich Linn in Vöhrich a. Rh. haben das auf Hochhäuser Bemerkung liegende Gipsbergwerk käuflich

an sich gebracht und beabsichtigen an der Straße von Hochhausen nach Obriheim a. N. eine Gipsfabrik zu errichten. — Die Holzpreise sind bei uns sehr gestiegen. Bei einer südlichen Holzverfeinerung vor wenigen Tagen betrug der Schätzungspreis 1976 M., der Erlös 2430 M.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 3. Febr. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht den Bündnißvertrag zwischen Deutschland und Oesterreich vom 7. October 1879. Die „Wiener Abendpost“ bringt die gleiche Publikation.

Berlin, 3. Febr. Der Reichstag setzte die Berathung über die Verlängerung der Legislaturperioden fort. Richter erklärt, er sei stets ein Anhänger der dreijährigen Periode gewesen, besondere Erfahrungen seien über die Nachteile derselben bisher nicht angeführt worden. Eine Verlängerung der Wahlperiode ohne Diäten würde nur dazu beitragen, die Zahl der Berliner Berufsparlamentarier im Reichstage zu vergrößern.

Der Redner greift heftig die Wahlthätigkeit der Landräthe an und behauptet, die Nationalliberalen verbanden größtentheils ihre Sätze der Begünstigung der Behörden. Redner bespricht ferner die Entwicklung der Septennatsfrage, welche nicht die Frage eines Mißtrauens gegen Rußland, sondern gegen das eigene Volk gewesen sei. Vor drei Monaten hätte er es nicht für möglich gehalten, daß die Kartellparteien sich auch zur Beförderung der Berliner Stadtmiffion zusammen thun werden. Der Antrag sei nur ein neuer Beweis des Mißtrauens gegen das Volk.

Singer sieht in dem Antrag ein Attentat auf das allgemeine Wahlrecht und den Vorboden reaktionärer Bestrebungen.

Windthorst hofft, die Erklärung Bennigens, daß die Verlängerung der Legislaturperiode das Ende der Verfassungsänderungen sei und an das geheime und freie Wahlrecht nicht gerüttelt werden solle, sei nicht bloß für Bennigsen, sondern für sämtliche Parteigenossen desselben abgegeben.

v. Hellendorff konstatiert, daß bezüglich des geheimen und direkten Wahlrechts weder seitens des Kartells noch seiner Partei allein irgend etwas geplant werde.

Der Antrag Richter auf Kommissionsüberweisung wird abgelehnt. — Morgen: Abänderung der Rechtsverhältnisse in den deutschen Schutzgebieten, Nachtragsetat, Gesetzentwurf über die Unterstützung der Familien von Reservisten.

Wien, 3. Febr. Die Abgeordneten erledigten die Zuckersteuervorlage bis zum § 24, lehnten die zu den §§ 1 bis 3 gestellten Anträge ab, betreffend die Einführung einer gleitenden Zuckersteuertala, mit 164 Stimmen gegen 82.

Bern, 3. Febr. Ein heute von den Zeitungen veröffentlichtes Communiqué des Bundesrathes besagt, die Untersuchung über anarchistische und sozialistische Umtriebe habe letztes Jahr begonnen. Veranlaßt durch das Erscheinen der Flugschrift „Der rothe Teufel“, habe sich dieselbe später auch auf die Organisation der deutschen Sozialisten in der Schweiz, sowie auf verschiedene sozialistische und anarchistische Versammlungen ausgedehnt. Alsdann sei die Verhaftung v. Ehrenberg's, Schröder's und Haupt's gefolgt, so daß der Bundesrath erst am 27. Januar in der Lage gewesen sei, Entschliessungen zu fassen. Schon im Verlaufe der ersten Untersuchung habe das Justiz- und Polizeidepartement die Offizin des „Sozialdemokraten“, aus welcher der „Rothe Teufel“ hervorgegangen, zur Wäffigung des Tonos bei Veröffentlichungen angehalten, der Bundesrath habe die Warnung bestätigt und verschärft.

Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Harber in Karlsruhe.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Februar	Barom. mm	Therm. in C.	Wind. in mm	Relativ. Feuchtigk. in %	Wind. in mm	Wind. in mm
2. Nachts 9 U.	756.2	-11.2	1.8	93	E	Nar
3. Morgs. 7 U. 1)	756.1	-10.2	2.0	100	SW	bedeckt
3. Mittags 2 U. 1)	755.7	-4.4	2.8	86	—	—

1) Nebel.

Wasserstand des Rheins. Magau, 3. Febr., Morgs. 2.94 m, gestiegen 7 cm.

Uebersicht der Witterung. Ein tiefes Minimum ist bei Finnmarken erschienen, einen Ausläufer südwärts nach Dänemark entsendend, unter dessen Einfluß über der Nordhälfte Centraleuropas schwache bis starke südwestliche Winde wehen. Das Wetter ist über Deutschland im Süden neblig, im Norden zu Schneefällen geneigt; der Frost hat nachgelassen, indessen herrscht im Süden, insbesondere in Bayern, noch ziemlich strenge Kälte, Schneehöhe in Hamburg 3, in Königsberg 23 cm. (D. Seew.)

Frankfurter telegraphische Kursberichte vom 3. Februar 1888.

Staatspapiere.	Banknoten.	Berlin.
4 1/2 Deutsche Reichsanleihe 107.50	Staatsbahn 169 1/2	Oester. Creditanleihe 128.40
4 1/2 Preuss. Rentf. 107.50	Commodore 66	Staatsbahn 85.10
4 1/2 Baden in H. 105.50	Galizier 154.40	Dombank 190.00
4 1/2 W. 104.85	Stalder 127 1/2	Dombank-Rommant. 89.50
Oester. Goldrente 86.70	Medienburger 127.50	Banknoten 85.00
Silberrente 64.10	Hess. Ludwigsbahn 127.50	Banknoten 85.00
1877 Russen 77.40	Elber. Bückeb.-Damb. 157.40	Banknoten 85.00
1880r 77.00	Gotthard 113.10	Banknoten 85.00
11. Orientanleihe 77.00	Wechsel und Sorten. 149.00	Banknoten 85.00
Italien. comptant 93.90	London 20.50	Banknoten 85.00
Spanier 67.20	Paris 80.70	Banknoten 85.00
5 1/2 Serben 78.00	Wien 149.00	Banknoten 85.00
Banknoten 81 1/2	Madrid 16.15	Banknoten 85.00
Diskonto Romant. 156.50	Napoleonsd'or 16.15	Banknoten 85.00
Basler Bankverein 155.50	Russen 17 1/2	Banknoten 85.00
Darmstädter Bank 136.60	Privatbanknoten 76.00	Banknoten 85.00
4 1/2 Oest. Staatsp. 78.50	Kassa Wechseln 76.00	Banknoten 85.00
	Banknoten 76.00	Banknoten 85.00

